

Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf

Lugau, Wüstenbrand, Ursprung, Mittelbach, Hermisdorf, Bernsdorf, Langenberg, Falken, Meinsdorf u. s. w.

Dieses Blatt erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich Nachmittags. — Zu beziehen durch die Expedition und deren Aussträger, sowie alle Postanstalten.
Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich: M. 25 Pfg. incl. der illustrierten Sonntagsbeilage.

Redaction und Expedition:
Wahnerstraße 3 (nahe dem R. Amtsgericht).
Telegraphen-Adresse:
Anzeiger Hohenstein-Ernstthal.

Insertionsgebühren: die fünfgespaltene Corpusspalte oder deren Raum für den Verbreitungsbezirk 10 Pfg., für auswärts 12 Pfg., die Linie 25 Pfg. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt.
Anzeige der Inserate für die folgende Nummer bis Vorm. 10 Uhr. Größere Anzeigen Abends vorher erbeten.

Nr. 195.

Mittwoch, den 23. August 1899.

26. Jahrgang.

Die Abtheilungslisten für die Wahlen zur 2. Kammer der Ständeversammlung

liegen vom 23. bis einschließlich 25. August 1899 im Rathhaus, Zimmer Nr. 5, zur Einsicht der Beizeligten aus.

Einwendungen gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Abtheilungslisten sind, bei Verlust derselben, bis zum 28. August 1899 schriftlich oder mündlich bei uns anzubringen.

Hohenstein-Ernstthal, am 19. August 1899.

Der Stadtrath.
Dr. Volster.

Bekanntmachung.

Der am 1. August d. J. fällig gewesene 3. Termin Gemeindeanlagen ist nunmehr ungesäumt und bis längstens

den 29. August d. J.

bei Vermeidung der Zwangsvollstreckung an unsere Stadtsteuer-Einnahme abzuführen.
Hohenstein-Ernstthal, am 19. August 1899.

Der Stadtrath.

Dr. Volster.

Tagegeschichte.

Deutsches Reich.

Berlin, 21. August. Der Chef des Civillabinetts v. Lucanus fuhr, wie ein Berichterstatter meldet, heute mittag 12 Uhr bei dem Reichskanzler vor und hatte mit demselben eine halbständige Konferenz. Alsdann begab sich Herr v. Lucanus zum Minister von Miquel, bei welchem er etwa eine Stunde verweilte. Für heute nachmittag 4 Uhr waren sämtliche Minister vom Fürsten Hohenlohe zu einer vertraulichen Sitzung in seiner Amtswohnung eingeladen.

Den „Berl. N. N.“ zufolge ist die Meldung eines hiesigen Blattes, daß das Staatsministerium seine Demission gegeben und der Kaiser dieselbe angenommen habe, erfunden. Es wäre ja die Möglichkeit vorhanden, daß das Staatsministerium seine Entlassung anböte, aber zur Zeit wären kaum ausreichende Gründe für eine solche Verschärfung der Situation vorhanden.

Während die liberale Presse fortfährt, die Entlassung des preussischen Staatsministeriums zu fordern und namentlich scharfe Angriffe gegen Minister v. Miquel richtet, vertheidigt die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ die Regierung gegen diese Angriffe. Als sich unverkennbar gezeigt habe, daß sich die Opposition gegen den Kanal nicht mehr auf sachliche Gründe stütze, sondern, durch übel berathene den Zusammenhang der Dinge verkennende oder verleugnende Führer geleitet, die Angelegenheit zu einer politischen, persönlichen Machtfrage stempelte, habe die Regierung nicht geögert, energisch auf die Konsequenzen eines solchen Verfahrens hinzuweisen. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß der Ausgang der Kanalfrage eine Verschärfung der politischen und wirtschaftlichen Gegensätze zu Wege gebracht habe, die nicht ohne Rückwirkung auf die allgemeine Politik bleiben könne. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schließt: Wir sind der festen Ueberzeugung, daß, wenn sich die Wogen der Erregung gelegt haben, und die bereits begonnene Auseinandersetzung innerhalb der einzelnen Parteien und der Parteien unter einander sich vollzogen hat, eine Klärung der Ansichten Platz greifen wird, die einen gewaltigen Rückschlag gegen die gegenwärtige Herrschaft der Partei-Interessen und der Parteitaktik bedeutet. Rascher vielleicht als Viele heute annehmen, wird sich die Bevölkerung bewußt werden, welcher Schlag gegen seine vitalen, kulturellen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen geführt wurde, als man vermeinte, die Regierung zu treffen, die sich in den Dienst eines Kulturwerkes gestellt hat, dessen Größe und Bedeutung Niemand zu leugnen magt.

Die „Bosn. Ztg.“ schreibt: Eine Niederlage, wie sie seit einem Menschenalter und mehr keiner preussischen Regierung widerfahren ist, eine Niederlage, die sogleich nach dem Dortmunder Neben sich scharf gegen den Monarchen selbst richtet, das ist die Frucht der Politik des Ministers v. Miquel, den der Kaiser „seinen Mann“, den Mann, der es schon machen wird, genannt hat. Und so hat auch der vielgerühmte Staatskünstler, der lange verpönte Günstling und Gönner der Agrarier, Anlaß daran zu

denken, daß Jeder sieht, „er sei auch wer er mag, ein letztes Glück und einen letzten Tag.“

Ueber die Bedeutung des Dortmunder Kaisertages urtheilt Pfarrer Raumann in der „Hilfe“: „Das neue Kaiserthum muß mit der Industrie gehen, und das ist an Wilhelm II. das Erfreuliche, daß er diese Nothwendigkeit in sich aufgenommen hat. Darin beruhen die Hoffnungen, die wir auf die weitere Zeit seiner Regierung setzen. Er wird noch einmal sein Zeitalter finden. Sein Zeitalter bricht an, wenn der Schwerpunkt Deutschlands auch politisch von Osten nach Westdeutschland zu setzen, war der Tag in Dortmund. Das ist die geschichtliche Bedeutung des 11. August.“ Raumann erinnert sodann daran, daß der Kaiser von Dortmund zu Krupp und nicht zu Stumm gefahren sei, und endigt seine Ausführungen mit den Sätzen: „Es ist eine neue politische Situation gegeben. Wird der Liberalismus sie brauchen, wird er in ihr wachsen? Wird er den Kaiserfisch auf den konservativen Rücken benutzen? Wird er jetzt wieder etwas sein wollen in Deutschland?“

Aus Berlin wird der „Neuen Freien Presse“ mitgetheilt: In hiesigen diplomatischen Kreisen besteht die Auffassung, eine neuerliche Verurtheilung des Kapitän Dreyfus durch das Kriegsgericht in Rennes sei nicht unwahrscheinlich. Etwas neue Aufklärungen Deutschlands in der Sache seien nicht zu erwarten. Deutschland habe nun einmal durch den Staatsminister Grafen Bülow im Reichstag erklärt, daß es nie mit Dreyfus zu thun gehabt habe. Das könne wohl Allen genügen, die ein Ohr für die Gerechtigkeit haben. In Deutschland wissen Alle, der Kaiser vor allem, daß Dreyfus unschuldig sei. Deutschland könne aber unmöglich den Namen seines wirklichen Agenten nennen. Kein Staat gebe seine Agenten preis.

Ueber eine bemerkenswerthe Concurserklärung berichten die Berliner Blätter. Sie betrifft den hiesigen Geheimen Oberregierungsrath und vortragenden Rath im Staatsministerium Freiherrn v. Broich. Dieser Herr war der Begründer einer ganzen Reihe von geschäftlichen Unternehmungen, die er mit allerlei unklaren humanitären Bestrebungen zu verquiden wußte. Sein Titel und seine hervorragende amtliche Stellung veranlaßten zahlreiche Personen, sich an diesen Unternehmungen zu betheiligen, von denen kein einziges reüssirte. Sie standen von vornherein auf so unsicheren Füßen, daß wiederholt öffentlich vor einer Betheiligung an denselben gewarnt wurde. Freiherr von Broich war in das Staatsministerium berufen worden, als Graf Wilhelm von Bismarck 1885 das Landrathsamt in Hanau übernehmen sollte, das Herr von Broich damals verwaltete. Herr Professor Lehmann-Hohenberg in Kiel hat erst kürzlich in einem Artikel schwere Anklagen gegen Herrn v. Broich erhoben die gleichfalls mit dessen geschäftlichen Unternehmungen in Zusammenhang standen. Auch warf ein Prozeß eines Wurstwaarenfabrikanten, dessen Geschäft Frhr. v. Broich auf den Namen seines noch im Kindesalter stehenden Sohnes gekauft hatte und demgegenüber er sich später den vernommenen Ver-

pflichtungen entziehen wollte, ein sehr seltsames Licht auf das Geschäftsgebahren des vortragenden Rathes.

Bekanntlich hat die Deutsche Kolonialgesellschaft es in die Hand genommen, die Ueberfiedelung deutscher Frauen und Mädchen nach Südwestafrika zu erleichtern. Sie hat die Hinausendung solcher Mädchen, welche bis zu ihrer Verheirathung vorläufig feste Unterkunft in deutschen Familien finden, aus ihren Mitteln bewirkt. Zunächst traten im November 1898 12 Mädchen die Ausreise an, um dort in bestimmte Stellungen zu treten. Dieser Versuch ist nach den Mittheilungen des Kaiserlichen Gouvernements durchaus geglückt; Herrschaften und Mädchen sind mit einander zufrieden und der größte Theil der letzteren hat bereits Gelegenheit gefunden, sich zu verheirathen. Nunmehr ist seitens des Herrn Gouverneurs Leutwein der Deutschen Kolonialgesellschaft die Mittheilung zugegangen, daß wiederum eine größere Anzahl im Schutzgebiet angesiedelter Familien bereit seien, deutsche Mädchen in Dienst zu nehmen, sofern die Ueberfahrtskosten von der Gesellschaft getragen würden. Die in Betracht kommenden Dienstherrschaften werden durchweg von Gouverneement empfohlen und geben nach dessen Versicherung vollkommene Gewähr für gute Unterkunft und Verpflegung. Die Mädchen müssen von tadellosem Rufe, nicht über 30 alt, gesund und kräftig, in allen Hausarbeiten geschickt sein und dürfen sich auch vor derberer Arbeit nicht scheuen, Wegen der in Betracht kommenden Verhältnisse sollen Mädchen vom Lande oder aus einer kleinen Stadt den Vorzug erhalten. Die Beweiberinnen haben sich auf 2 Jahre zu verpflichten, doch kann der Vertrag bei einer Verheirathung vorher gelöst werden. Die Deutsche Kolonialgesellschaft trägt die Kosten der Ueberfahrt bis zum Hafen des Schutzgebietes (Swakopmund), von wo aus das Gouverneement für Fahrgelegenheit und Begleitung nach dem Innern Sorge trägt. Die Kosten der Rückbeförderung werden gleichfalls von der Deutschen Kolonialgesellschaft getragen. Eine Bestimmung der Mädchen für die betreffende Herrschaft findet bereits im Berlin statt. Die Ausreise der Mädchen erfolgt im October oder November 1899. Geeignete Bewerberinnen müssen sich bei der Deutschen Kolonialgesellschaft, Berlin, Potsdamerstraße 22a, möglichst bald unter Einfindung einer amtlich beglaubigten Einwilligungserklärung ihrer Eltern bzw. Vormünder, eines Leumundszuzeugnisses, einer ärztlichen Bescheinigung über den Gesundheitszustand und einer Photographie melden.

Oesterreich-Ungarn.

Prag, 21. August. Am 19. d. M. fanden in Graslitz Demonstrationen vor dem Amtsgebäude der Bezirkshauptmannschaft statt, wobei sämtliche Fensterscheiben im ersten Stock, insgesamt 200, durch Steinwürfe zertrümmert wurden. Infolge dieses Vorfalles wurde am nächsten Tage die Gendarmerie um 15 Mann verstärkt. Gestern abend kamen in Graslitz neuerliche Ansammlungen vor. Die Gendarmerie versuchte die Menge zu zerstreuen. Plötzlich wurde ein Steinwurf auf die Gendarmerie von dem gegenüberliegenden Gasthause aus abgegeben. 6 Personen wurden verhaftet;